

Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2021 Nominierungsbewerbung für die Kandidatur im Wahlkreis 61

David Allison



Wer ich bin

2020 ist für mich ein wichtiges Jahr. Es sind 30 Jahre vergangen seit meiner persönlichen „Wende“: ich lebe seit 1990 in Deutschland – mehr als die Hälfte meines Lebens habe ich nun hier verbracht, 20 Jahre davon hier im Wahlkreis 61.

Ich bin wahrlich stolz darauf, Deutscher zu sein. Auch wenn bisweilen dieses Bekenntnis unter Freunden auf betretenes oder nachsichtig amüsiertes Schweigen trifft. Aber es stimmt: ich liebe Deutschland, die deutsche Kultur, unsere Sprache, das Ermstal und die Alb, meine deutsche Frau und meinen bordeauxroten deutschen Pass. Wobei der Pass eigentlich ein europäischer ist. Und darin besteht auch ein wichtiger Bestandteil meiner Identität. Geboren in Großbritannien, lebte ich 20 Jahre in London und 10 Jahre auf der Isle of Wight im Süden Englands. Ich bin also Grenzgänger – aber nicht nur zwischen Ländern, sondern auch zwischen Stadt und Land.

Auch die Alb ist international. In ihrem Bericht vom Juli 2019 „Entwicklung der Ländlichen Räume in Baden-Württemberg“ stellen das Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS) an der Universität Stuttgart und das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) fest, dass „die Internationalisierung der Bevölkerung auch im Ländlichen Raum dynamisch voranschreitet. Die Anzahl der Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft hat seit 2011 um über 50 % zugenommen.“¹ Ohne internationale Migration wäre die Bevölkerung im ländlichen Raum geschrumpft. Mit dieser Zunahme steigen auch die Anforderungen an die Integration von Migranten: Sprachförderung, Ausbildung, Qualifikation, Wohnungsversorgung, kultureller Dialog und sozialer Austausch. Insbesondere kleinere Gemeinden haben mit diesen Aufgaben Schwierigkeiten. In diesem Spannungsfeld arbeite ich – als Integrationsmanager für den Landkreis Reutlingen zuständig für Menschen in der vorläufigen und Anschlussunterbringung in Hülben.

Internationalismus, Integration und die Suche nach Heimat sind für mich wichtige Lebensthemen. In London studierte ich Anglistik und Sozialpädagogik. In Deutschland habe ich als selbstständiger Übersetzer 25 Jahre lang mit internationalen Firmen, Universitäten, Landesministerien und Bundesbehörden gearbeitet und in den letzten 5 Jahren ein berufsbegleitendes Studium der Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völkerrecht absolviert. Seit 10 Jahren bin ich Mitglied der Übersetzergenossenschaft INTRA e.g. und schon seit einigen Jahren ihr Aufsichtsratsvorsitzender. Ich bin im Beirat des Partnerschaftsvereins Metzingen-Noyon und Mitglied des Partnerschaftsvereins Metzingen-Nagykálló. Seit 10 Jahren bin ich im Vorstand des Weltladens Metzingen. Zuhause bin ich in Dettingen, wo ich und meine Frau zwei Töchter großgezogen haben, wo ich meiner Leidenschaft für Naturgärten fröne und wo wir seit 2008 mehr oder weniger erfolgreich imkern.

Ich bin seit 2007 Mitglied bei den Grünen. Zwischen 2012 und 2015 war ich im Vorstand des Ortsverbands der Grünen in Bad Urach, Dettingen, Hülben, Grabenstetten und Römerstein und war im Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Reutlingen von 2012 bis 2019. Von 2014 bis 2020 war ich Kreisrat für die Fraktion der Grünen im Kreistag Reutlingen und dadurch stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied der Kreissparkasse Reutlingen und ehrenamtlicher Richter im Sozialgericht Reutlingen. Ich bin noch Mitglied der Inklusionskonferenz des Landkreises Reutlingen.

Was ich will

Grüne Politik ist wichtiger denn je. **Mobilität**, **Digitalisierung**, **Artenvielfalt**, die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum** zusammen mit einer erheblichen Verringerung des **Flächenverbrauchs** und die Ausgestaltung der **Energiewende** werden wichtige Themen im Wahlkampf sein. Daneben interessieren mich insbesondere Fragen der Chancengleichheit, Integration, Partnerschaft, Rechtsstaatlichkeit und Baden-Württemberg in der Welt.

Baden-Württemberg pflegt enge **Partnerschaften** mit seinen europäischen Nachbarn in wichtigen Feldern wie **Gesundheitsversorgung**, Kultur, wirtschaftliche Beziehungen, Forschung, Entwicklung und Innovation². Intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit umfasst auch profane Lebensbereiche wie die Abwasserreinigung und Abfallwirtschaft im Rahmen der Donauraumstrategie (an der ich jahrelang als Übersetzer mitgearbeitet habe). Gemischte Regierungskommissionen – etwa zwischen Baden-Württemberg und Ungarn – tragen auch zum Gedeihen einer liberalen europäischen Gesellschaft bei. Hier muss Baden-Württemberg klare Kante bezüglich der Rechtsstaatlichkeit zeigen. Analog zum von Baden-Württemberg ins Leben gerufenen Under2 MOU Abkommen³ zwischen subnationalen Regierungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen weltweit kann Baden-Württemberg auch intensiver mit weltoffenen Regionen und Städten (wie etwa den Visegrád-Rebellen⁴) in Mittel- und Osteuropa kooperieren. Europa darf seine Werte an der griechischen Grenze auch nicht verraten. Wir brauchen keinen „europäischen Schild“⁵ gegen Flüchtlinge sondern eine wehrhafte Demokratie, die gegen Angriffe auf die Zivilgesellschaft in Deutschland gewappnet ist.⁶

Außerhalb Europas muss Baden-Württemberg seine Stimme im Bund nutzen, um (im Gegensatz etwa zum EU-Mercosur Abkommen) eine **Handelspolitik** zu fördern, die einen Wettbewerb um die besten Umwelt- und Sozialstandards auslöst. Es darf keine Sonderklagerechte für Konzerne geben. Menschenrechte müssen entlang der gesamten Lieferkette geschützt werden. Auf der Landesebene müssen erste Ansätze zur **fairen Beschaffung** in Baden-Württemberg weiterentwickelt werden. Die überarbeitete Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge⁷ bleibt unbefriedigend. Im Widerspruch zu den Regelungen auf Bundesebene untersagt sie ausdrücklich die Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen bei den Zuschlagskriterien. Damit wird Beschaffer*innen ein etabliertes Instrument – nämlich die Bevorzugung von Anbietern mit vergleichsweise besseren Leistungen – vorenthalten.

Unsere Antwort als Grüne auf die **Corona-Krise** muss die ökologische Modernisierung ins Zentrum der Konjunkturmaßnahmen rücken. Es darf keine Abwrackprämien für klimaschädliche Autos geben. Vielmehr müssen staatliche Unterstützung denjenigen zugutekommen, die von den gesetzlichen Zwangsmaßnahmen der Landesregierung betroffen sind. Das sind nicht die Großkonzerne.

Der Vorwärtsmarsch der Digitalisierung im Zuge der Coronakrise darf nicht zu einem weiteren Zuwachs der Macht von Google und Co. führen.

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg⁸ müssen eingehalten werden. Diese fördern nicht nur den interkulturellen Dialog, den Kulturaustausch und Entwicklungspolitik im nationalen und internationalen Kontext, sondern verlangen verantwortliche Beschaffung und stärken die entwicklungspolitische Verantwortung der Unternehmen.

In der Automobilindustrie muss sich die vielgepriesene institutionalisierte Zusammenarbeit im Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg (SDA BW)⁹ mit den Bedingungen in der Rohstoffförderung im Zuge der sich schnell entwickelnden Batterietechnologie befassen.

Der freie Markt braucht mehr Wettbewerb und weniger Monopole. Aber Wettbewerb ist nicht alles. „Partnerschaften“ heißt lapidar das 17te nachhaltige Entwicklungsziel der Vereinten Nationen (Agenda 2030). Wir brauchen mehr Partnerschaft und Kooperation: interkommunal, föderal, auf EU-Ebene und international. In diesem Sinne ist es beispielsweise falsch, wenn Edith Sitzmann sich gegen Olaf Scholz' Bemühungen um eine solidarische Entschuldung strukturell überschuldeter Kommunen stellt. Schließlich sucht auch Baden-Württemberg den Schulterchluss mit der Bundesregierung, wenn es um ein Sofortprogramm für die Weiterbildung und Qualifizierung von Beschäftigten in der Automobilindustrie geht.

In der Bildungspolitik ist Partnerschaft ebenfalls vonnöten. Ein besoldungsgesteuerter Wettbewerb zwischen den Bundesländern um Lehrkräfte ist kontraproduktiv. Die Ablehnung eines Nationalen Bildungsrats ist ein Irrtum.

In wenigen Industrieländern ist der Bildungserfolg von Kindern so stark an die soziale Herkunft gekoppelt wie in Deutschland. **Chancengleichheit** fängt mit der Frühförderung an. Kindergartengebühren hätten also vor den Studiengebühren abgeschafft werden müssen! Wir Grüne, die viel für die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg getan haben, dürfen uns nicht eine fundamentalistische enge

Auslegung der Landesverfassung zu Eigen machen. Die Grüne Antwort auf das Kita-Volksbegehren der SPD finde ich unverständlich.¹⁰

Mehr Kapazitäten müssen insgesamt im **Bildungssystem** bereitgestellt werden. Wir brauchen eine differenzierte Finanzierung für benachteiligte Schulen, um standortbezogenen Bedürfnissen zu begegnen. **Integration** muss, wie Inklusion, Teil der Regelsysteme werden. 25 Prozent aller Menschen in der Bundesrepublik haben eine Migrationsgeschichte, unter den Schulkindern sogar fast 40 Prozent. Einwanderung ist der Normalfall und kein Ausnahmezustand. Benötigt wird eine strategische Orientierung, die „die Vielheit der gesamten Bevölkerung“¹¹ adressiert. Immer mehr Schüler insgesamt weisen Sprachdefizite auf. Die aufbauende Sprachförderung muss als begleitendes Angebot für alle Schüler aufgefasst werden. Der Pakt für Integration mit den Kommunen muss verlängert werden und seine Angebote auch auf Alltagsorientierung für Migrant*innen erweitert werden.

Wir müssen uns klar zum **Pluralismus** bekennen und offensiv für Migration werben. Politiker wie Friedrich Merz sehen das anders und stärken extrem rechte politische Kräfte, indem sie auf irreführende Weise die Frage der inneren Sicherheit und **Rechtsstaatlichkeit** mit der Migration vermengen. Deutschland ist ein sicheres Land. Die Kriminalität ist wie in den meisten Ländern der Welt in den letzten 30 Jahren drastisch zurückgegangen. Das momentan dramatischste Kriminalitätsproblem ist schon lange in unserer Kultur präsent: der **sexuelle Missbrauch von Kindern**. Die Polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet jährlich über 20.000 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch und Missbrauchsabbildungen von Kindern, sogenannte Kinderpornografie. Diese Kinder werden ihrer Zukunftschancen beraubt. „Die Gesellschaft muss erkennen, dass es sich um ein Megathema handelt, das alle angeht“ sagt der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig¹² und fordert die Stärkung von Beratungs- und Ermittlungsstrukturen, den Ausbau von Prävention und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Außerdem müssen alle Einrichtungen, denen Kinder anvertraut sind, künftig gesetzlich zur Entwicklung und Anwendung von Schutzkonzepten gegen sexuellen Missbrauch verpflichtet und ihnen hierfür die notwendige Unterstützung zugesichert werden. Pilotschulen im Landesprogramm „Schutz macht Schule“, wie die Gottlieb-Rühle-Schule in Mössingen, müssen zur Regel werden und die notwendige Unterstützung zugesichert werden. Die Länder müssen ihre Schulgesetze entsprechend ändern und Sensibilisierungskampagnen hinreichend finanzieren.

Im Machtgefüge unserer Gesellschaft stehen Kinder an unterster Stelle. Die Tatsache, dass ein missbrauchtes Kind im Schnitt mit sieben Erwachsenen sprechen muss, bevor ihm geglaubt wird, ist ein Ausdruck der Normalität des sexuellen Missbrauchs von Kindern in unserer Kultur.

Meine Erfahrung im Schul-, Sozial und Kulturausschuss des Kreistages hat mir gezeigt, dass in vielen Köpfen in Kirchen, Vereinen und Schulen die Vergangenheit immer noch verklärt wird und die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit und Schutzkonzepten und den damit verbundenen Sozialausgaben eher als Zeichen des gesellschaftlichen Verfalls statt als Besserung gesehen werden. Das muss sich ändern.

Wir müssen konsequenter in der **Klima- und Artenschutzpolitik** sein. Die Zeit drängt. Das ist was uns Fridays for Future lehrt. Wenn Konservative wie der Brite

Boris Johnson planen, ab 2035 keine neuen Diesel, Benzin- und Hybridautos mehr zuzulassen oder Städte wie Birmingham und Ghent Autos einfach aus ihren Innenstädten verbannen wollen¹³, dürfen Grüne nicht zaghaft sein.

Die Herausforderungen der Zukunft sind vielfältig. Sie verlangen dringend nach Antworten. Aber sie erfordern auch **Optimismus** und die Bereitschaft zum Streit. Ich bin ein Mensch mit Ecken und Kanten. In meiner politischen Arbeit habe ich sowohl Loyalität als auch unabhängiges Denken gezeigt. Ich bin nicht nur, wie Franz Untersteller von sich selbst behauptet „jung genug, einen neuen beruflichen Anfang zu wagen“. Ich habe mir die Fähigkeit zur Leidenschaft bewahrt. Ich bin leidenschaftlicher Kämpfer für die Grüne Sache und habe mein Engagement für eine fortschrittliche und gerechte Politik über viele Jahre in mehrfachen Rollen im Amt und Mandat bewiesen. Jetzt will ich meine Erfahrung, meine Ideen und meine Kräfte bündeln und effektiv in der Landespolitik einbringen. Meine Kandidatur ist ein Plädoyer für mehr Gerechtigkeit und Partnerschaft in Baden-Württemberg und über seine Grenzen hinaus.

David Allison

Fabrikstr. 67
72581 Dettingen

07123 888606

¹ https://lel.landwirtschaft-bw.de/pb/site/pbs-bw-new/get/documents/MLR.LEL/PB5Documents/alr/06_Veranstaltungen_2020/pdf_Votr%C3%A4ge_PM/2019_11_11_IREUS2.0_Abschlussbericht.pdf

² <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/europa-und-internationales/nachbarn-und-netzwerke/>

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Under2_MOU

⁴ <https://um.baden-wuerttemberg.de/en/topics/international-climate-protection/under2-coalition/>

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/budapest-prag-warschau-und-pressburgschliessen-pakt-der-freien-staedte-16539050-p2.html>

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-eu-spitze-dankt-griechenlandeuropaeischer-schild-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200303-99-163084>

⁶ <https://weltladen-metzingen.de/index.php>

⁷ https://wm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Dateien_Downloads/Wirtschaftsstandort/Beschaffung-Land/VwV_Beschaffung_vom_24_07_2018_01.pdf

⁸ https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/130205_Entwicklungspolitische_Leitlinien_fuer_Baden-Wuerttemberg.pdf

⁹ <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/strategiedialog-automobilwirtschaft/was-ist-der-strategiedialog/>

¹⁰ <https://www.mitentscheiden.de/news/kita-volksbegehren-aktuelle-stunde-im-landtag/>

¹¹ Terkessidis, M. (2017) Nach der Flucht. Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft, Reclam

¹² <https://beauftragter-missbrauch.de/presse-service/pressemitteilungen/detail/bilanz-10-jahre-missbrauchsskandal>

¹³ <https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-05/gent-nahverkehr-mobilitaet-nachhaltigkeit>